Neue Freie Presse
26. I. 1919

Unsere Steuerpolitik und die Gewerbetreibenden.

Mitteilungen von Johann Brennig.

Vorsteher der Genossenschaft der Wiener Bäcker.

Wien, 25. Januar.

Den Klagen und Protesten über die willkürliche Ausübung der Steuerpraxis schließt sich unser Gewerbe voll und ganz an. Es leidet ebenso wie die anderen unter der drakonischen Steuerpolitik, die für den Gewerbemann ruinös wirkt. Wir wissen alle, daß der Staat dringend Einnahmen braucht. Kein ordentlicher Geschäftsmann wird sich, wenn sein Betrieb halbwegs aufrecht ist, selbst gegen eine erhöhte Steuer sträuben, aber alles muß Maß haben, und die Steuervorschreibung muß in einem Verhältnis zu den Einnahmen stehen und überhaupt für den Gewerbetreibenden erschwingbar sein.

Man darf nicht, wie es jetzt vorkommt, dem Gutdünken einzelner Beamten ausgesetzt sein. Nach dem jetzt in Kraft getretenen Gesetz ist die provisorische Bemessung in die Hand der Steuerbeamten allein gelegt, die ohne Aufforderung an die Partei um Aufklärung in zweifelhaften Fällen und ohne kommissionelle Beratung die Steuer vorschreiben. Die vorgelegten Berechnungen stimmen bei der Steuerverwaltung nie. Man mag die Bücher noch so gewissenhaft führen und vorlegen, die Steuerbehörde wird doch ganz andere Ziffern herausfinden, als die Einnahmen wirklich betragen haben. Sie übt einen zu starken Druck aus, den der Gewerbsmann nicht länger ertragen kann. Der Fiskus nimmt auf Gutachten, die von der Genossenschaft abgegeben worden sind, keine Rücksicht. Er urteilt nur nach eigenem Gutdünken. Wenn man gegen eine Steuervorschreibung eine Einwendung erhebt, so findet man keinen Glauben.

Das Gesetz sucht die Einzahlung fälliger Steuern durch die Androhung 12prozentiger Verzugszinsen zu beschleunigen. 12 Prozent sind ein sehr hoher Zinssatz. Dies und der Umstand, daß andere Mittel zur Betreibung des Steuereinganges zur Verfügung stehen, sind eine harte, aber in der Zeit der wirtschaftlichen Not immerhin noch verständliche Zwangsmaßnahme. Wenn sich aber hinterher erweist, daß die Bemessung des Fiskus eine irrtümliche, das heißt, eine zu hohe gewesen ist, dann gibt er denjenigen, von denen er 12 Prozent Verzugszinsen verlangt hat, nur mehr 6 Prozent zurück. Und das ist stark!

Auch die Bestimmung, daß der Steuerbeamte zur provisorischen Bemessung schreiten darf, wenn ein Bekenntnis „in auffälligem Maße bedenklich" erscheint, gibt dem Fiskus das Mittel in die Hand, die gesamte Bemessung aller Steuerträger selbständig und ohne Kommission vorzunehmen. Die Steuerbehörden übertreiben diese Härten einer unüberlegten Gesetzgebung ins Maßlose. Sie legen die Bekenntnisse ungesehen beiseite und nehmen willkürlich eine Einkommensziffer an, schreiben davon Steuern vor und bewirken vielfach sofort die Exekution.

Alle jene, die gewissenhaft und wahrheitsgetreu fatieren und ihre Steuer entrichten, werden vom Fiskus nicht etwa besonders schonungsvoll oder mit Nachsicht behandelt, sondern im Gegenteil noch mehr bedrückt.

Die Praxis des Fiskus ist nichts weniger als gewerbefreundlich. Sie schädigt vielmehr Handel, Gewerbe, Industrie durch ihre drakonische Strenge sehr arg. Auch dem Gewerbsmann muß man glauben. Er hat, wie jeder Bürger des Staates, Anspruch auf Vertrauen. Der Fiskus begegnet ihm mit Mißtrauen und feindlich. Daraus ist die gegenwärtige Steuerpolitik zu erklären, die ja, wie die allgemeine Entrüstung der Geschäftswelt beweist, in keinem Fall auch nur noch kurze Zeit in dieser Weise in Geltung bleiben kann. Was erwerbende Bürgertum könnte sie nicht ertragen.

Protestversammlungen.

Die demokratische Mittelstandspartei veranstaltet Dienstag den 28. d. drei Protestversammlungen gegen den Steuerterror, um ½6 Uhr abends, und zwar im Restaurant Ottakringerbräu, 16. Bezirk, Hietzinger Hauptstraße, Restaurant Karlicky, Trenstraße 27 und Restaurant Reichl, 21. Bezirk, Hauptstraße 29.

Die Gastwirte der einzelnen Bezirke Wiens treffen einander zur Teilnahme an der Demonstration gegen die neuen Steuervorschreibungen am Montag um 9 Uhr vormittags am Sitze des Bezirksvereines und marschieren gemeinsam zum Rathause.

Dienstag den 28. d. findet um 4 Uhr nachmittags im Saale des Niederösterreichischen Gewerbevereines, 1. Bezirk, Eschenbachgasse 11, die Protestkundgebung gegen das neue Steuergesetz und das Vorgehen der Steuerbehörde statt.

Das Investitionsprogramm der Gemeinde Wien.

Für hundert Millionen Kronen Arbeit.

Der Bürgermeister wird in der nächsten Stadtratssitzung das Investitionsprogramm der Gemeinde Wien vorlegen und einen Kredit von einhundert Millionen Kronen beanspruchen. Der Bürgermeister wird es als eine der dringendsten Aufgaben bezeichnen, die Arbeitslosigkeit zu beheben und die Bautätigkeit zu beleben. Zu diesem Zwecke müssen Kohlenmengen nach Wien gebracht und hier derart zugewiesen werden, daß Betriebe in Gang gesetzt werden, deren Erzeugnisse befruchtend auf andere Unternehmungen wirken können. Die allerwichtigste Voraussetzung bildet die Beschaffung von Ziegeln und Zement.

Es wurde im Rathause berechnet, daß die Gemeinde in den kommenden Monaten einen Bedarf von 30 Millionen Stück Ziegeln und 6500 Waggons Zement haben wird.

In dem Investitionsprogramm der Gemeinde stehen an erster Stelle der Bau des Hauptsammelkanals im 21. Bezirk (in vier Baulosen), die Tuberkulosenheilstätte im Anschlusse an das Jubiläumsspital der Stadt Wien, die Kriegerheimstätte in Aspern, die Ausgestaltung der Schlachthäuser und die Anlage des neuen Südwest-Friedhofes an der Grenze von Hetzendorf-Atzgersdorf. Eine der bedeutendsten Anlagen, die jemals in Wien entstanden sind. Dabei werden die von Baurat Seidel stammenden Entwürfe als Grundlage dienen.

Außer diesen Herstellungen kommen zur Ausführung: Schulbauten im 10., 11., 14. und 15. Bezirk. Der Umbau der Brigittabrücke. Kanalbauten in verschiedenen Bezirken. Wohnhäuser für die Bediensteten der städtischen Betriebe. Ein Volksbad im 16. Bezirk. Einhundertfünfundzwanzig Wohnhäuser mit Kleinwohnungen auf der Schmelz. Kindergärten und Kinderheimstätten.

Mit diesen Hoch- und Kanalbauten erscheint jedoch das Investitionsprogramm der Gemeinde nicht erschöpft. Die Gemeinde wird auch ganz bedeutende Erdarbeiten (Abgrabungen und Anschüttungen) in Vollzug setzen, um großen Partien der Arbeitslosen Beschäftigung zu sichern.

Vertagung des Baues von Untergrundbahnen.

Der Bau von Untergrundbahnen wird zunächst eine Vertagung erfahren. Ebenso unterbleibt bis auf Weiteres der Bau eines Stadtmuseums. Auch an die Förderung von Theaterbauprojekten kann für einige Zeit nicht gedacht werden.